

gandaabteilung des ZK das Gesuch Ende Oktober gebilligt. Die höchste Parteiführung jedoch habe das Rücktrittsgesuch Zhou Yangs nicht angenommen, weil sie negative Auswirkungen auf das Volk befürchtet habe. Die Feinde Zhou Yangs, die seinen Rücktritt hätten herbeiführen wollen, sieht die "Ming Pao" in Kreisen der "Ultralinken", d.h. Anhängern der Vier, die Zhou Yang in der Kulturrevolution gestürzt hätten. Ihnen sei es ein Dorn im Auge, daß Zhou Yang heute wieder großes Ansehen genieße. Dieses beruhe nicht zuletzt darauf, daß er seine früheren Fehler eingesehen, sie bei mehreren Gelegenheiten öffentlich zugegeben und sich bei einer ganzen Reihe von Schriftstellern, die er vor der Kulturrevolution verurteilt hatte, entschuldigt habe.

Sollte diese Version der Hongkonger Zeitung stimmen, so wäre damit ein weiteres Indiz gegeben, daß entscheidende Vertreter in Partei und Regierung den Fall Bai Hua nicht unnötig hochspielen und auf andere Bereiche ausdehnen, sondern ihn auf den kulturellen Bereich begrenzt halten wollen.

(30) Konferenz über Filmschaffen

Am 18.12.81 wurde in Beijing eine zehntägige Konferenz von Filmschaffenden eröffnet, an der über 250 Vertreter der Filmindustrie, darunter Direktoren von Filmgesellschaften, Drehbuchautoren, Regisseure, Filmschauspieler, Kameraleute usw., teilnahmen. Der stellvertretende Kulturminister Chen Huangmei gab einen Bericht über die Erfolge des Filmschaffens im ablaufenden Jahr. Im Jahre 1981 seien in China über neunzig Spielfilme produziert worden, von denen gut die Hälfte Gegenwartsthemen gewidmet sei. Die Qualität der Filme sei im allgemeinen gut gewesen, wenn es auch einige ungesunde Tendenzen gegeben habe, die "etwas Druck" von oben hervorgerufen hätten, der erforderlich gewesen sei. Die durchschnittliche Zahl der Filmbeisucher pro Tag sei auf 74 Mio. angestiegen.

Bemerkenswert ist, daß der Parteivorsitzende Hu Yaobang am 27.12. zu den Filmleuten sprach. Nachdem auch er die Fortschritte im Filmschaffen gewürdigt hatte, ging er auf den Fall Bai Hua ein. Das Drehbuch "Bittere Liebe" habe kritisiert werden müssen. Doch Bai Hua habe seine Fehler anerkannt und Selbstkritik geübt. Das sei sehr gut, und damit sei der Fall zufriedenstellend gelöst worden. Bai Hua sei noch Parteimitglied und Schriftsteller und werde auch weiter schreiben (RMRB, 30.12.81). Damit ist der Fall Bai Hua offiziell für erledigt erklärt worden.

In seiner Rede berührte Hu Yaobang ein weiteres Problem: Das Thema Liebe nehme in den Filmen einen unangemessen hohen Stellenwert ein. In einigen Filmen werde das Verhältnis zwischen Liebe und Revolution, zwischen Liebe und Sozialismus nicht richtig gehandhabt. Romane, Dramen und Filme müßten die geistige Einstellung des Volkes heben und das Volk ermuntern, sich der sozialisti-

schen Modernisierung des Vaterlandes zu widmen. Liebe sei zwar ein wichtiges Thema in Literatur und Kunst, sie könne und müsse selbstverständlich behandelt werden, aber sie müsse den ihr gebührenden Platz erhalten. Literarische und künstlerische Werke müßten die Menschen zuallererst lehren, den Sozialismus und das Volk zu lieben. Wenn nötig, müsse ein Revolutionär bereit sein, sein Leben und seine Liebe zum Wohle des Volkes und für die Sache des Sozialismus zu opfern. Wenn man sagt, daß man alles für die Liebe tue und die Liebe über alles gehe, so sei das falsch (ebd.). Erst Anfang Dezember war ein Artikel über "Einige Probleme bei der Schilderung der Liebe" in der Volkszeitung erschienen, in dem ebenfalls der enge Zusammenhang zwischen der Liebe zur Partei, zum Vaterland und zum Volk und der Liebe zu einem einzelnen Menschen hervorgehoben wird (RMRB, 2.12.81).

Wie alle literarischen und künstlerischen Werke haben Filme in der VR China in erster Linie der Erziehung des Volkes sowie politischen Zielen zu dienen. Demgegenüber hat der Unterhaltungswert, der im Gegensatz zur kulturrevolutionären Phase zwar durchaus anerkannt wird, absolut sekundäre Bedeutung. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

(31) China Investment Bank gegründet

Am 24.12.1981 wurde in Beijing die China Investment Bank gegründet, die sich auf die Sammlung ausländischer Fonds für Investitions- und Kreditzwecke in China spezialisieren soll. Nach der Satzung der Bank sollen lang- und mittelfristige Kredite von internationalen monetären Institutionen und durch andere Kanäle hereingeholt werden. Mittlere und kleine chinesische Betriebe sollen mit Darlehen versorgt werden, die der technischen Umgestaltung dienen sollen. Kredite sollen ebenfalls an Joint Ventures vergeben werden. Für alle kreditfinanzierten Projekte müssen Durchführbarkeitsstudien vorgelegt werden, um gute wirtschaftliche Erfolge sicherzustellen. Ohne diese Studien werden keine Kredite von der Bank vergeben.

Die Bank verfügt über ein Kapital von vier Mrd. Yuan und hat ihren Sitz in Beijing. Der Aufsichtsrat der Bank besteht aus 29 Mitgliedern, darunter als Ehrenvorsitzender der Finanzminister Wang Bingqian. Präsident der Bank ist Wu Boshan, stellvertretender Finanzminister und gleichzeitig Präsident der Chinesischen Aufbaubank (XNA, 24.12.1981).

-lou-

(32) China plant, Tauschhandel zu suspendieren

Nach Aussagen von Jiang Zemin, dem stellvertretenden Minister der Verwaltungskommission für Im- und Export, plant China, in Zukunft den Tauschhandel zu suspendieren. Einer Delegation der Japanischen Vereinigung für die Förderung des Welthandels erklärte er in Beijing, daß der

Tauschhandel nicht vorteilhaft sei, weil einzelne Unternehmen frei Verträge abschließen, die für den regulären Handel schädlich seien. Zudem müßten Verluste bei den Staatsfinanzen deswegen in Kauf genommen werden, weil auf den Tauschhandel Vorzugssteuerregelungen angewendet würden (Kyodo, 9.12.1981, zit. nach SWB, 12.12.1981).

-lou-

(33) Japanisch-chinesische Kreditgespräche begannen in Tokio

Am 11.12.1981 begann in Tokio eine japanisch-chinesische Arbeitskonferenz über Yen-Darlehen für das Fiskaljahr 1981. Beamte des japanischen Außenministeriums hoffen, den Yen-Betrag für Kredite an China bald endgültig festlegen zu können. China wünscht Kredite in Höhe von 63,4 Mrd. Yen, um solche Projekte finanzieren zu können wie beispielsweise eine petrochemische Fabrik in Taqing, ein Stahlwerk nahe Shanghai und die Erweiterung der Eisenbahnlinie Beijing-Qinhuangdao (Kyodo, 11.12.1981, zit. nach SWB, 12.12.1981).

-lou-

(34) USA opponieren gegen Hitachis Computerverkauf nach China

Die Vereinigten Staaten haben die Entschließung gefaßt, Japans Antrag an das Coordinating Committee for Exports to Communist Areas (COCOM) hinsichtlich des Exports eines Großcomputers des Typs M 180 der Firma Hitachi Ltd. nach China zurückzuzweisen. Als Grund dafür wurde angegeben, daß der Computer künftig auch militärisch genutzt werden könne. Der Computer war vom Zhongguo Beifang Jiaotong College in Beijing zu einem Preis von einer Milliarde Yen (ca. 10 Mio. DM) in Auftrag gegeben worden und hat eine Prozeßkapazität von mehr als 20 Mio. Worten. Er sollte zur Kontrolle des Eisenbahnnetzes und für Forschungen im Verkehrssystem eingesetzt werden.

Die japanische Regierung plant nun, ihr Veto gegen den Export eines Großcomputers vom Typ IBM 3033 einzulegen, der von der amerikanischen Ölförderungsfirma Western General nach China exportiert werden soll. Dieser Computer hat eine noch größere Speicherkapazität als der Hitachi-Computer. Der von den Amerikanern genannte Grund für die Unbedenklichkeit des amerikanischen Exportgeschäfts - daß der Computer nämlich auf einer Leasing-Basis geliefert und zurückgefordert werden könne, falls er militärisch genutzt werden sollte - hat bei den Japanern starke Bedenken aufkommen lassen (JEJ, 22.12.1981).

-lou-

(35) Das Autonome Gebiet Guangxi-Zhuang sucht ausländische Investoren

Nach Aussagen von Zou Guangchun, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Volksregierung des Autonomen Gebiets Guanxi-Zhuang, werden diejenigen ausländischen Firmen bevorzugt behandelt werden, die in Guangxi investieren wollen. In einigen Gebieten von Guangxi könne der Steuer-

satz sogar noch jene 15% unterschreiten, die normalerweise in den anderen Wirtschaftssonderzonen erhoben werden. Nach Zou hat die Autonome Region das Recht, Verträge jeder Art mit ausländischen Unternehmen zu genehmigen. Ausgeschlossen davon sind Gemeinschaftsunternehmen, die sich auf die Ausbeutung von Naturressourcen beziehen; in diesen Fällen muß der Staatsrat seine Zustimmung geben.

Die ausländischen Investitionen werden von der Kontrollkommission für Im- und Export in Guangxi betreut. Die Agentur dieser Kommission ist die Kwai Kong Shipping Co. in Hongkong. Guangxi fördert insbesondere Bergbau-Unternehmungen sowie die Gewinnung von Schwefel- und Goldrückständen. Nach Auskunft eines Mitarbeiters von Kwai Kong werden auch Investitionen in der petrochemischen, der Maschinenbau- und der Nachrichten-Industrie gewünscht (XNA, 17.12.1981, AWSJ, 18.12.1981).

Das Autonome Gebiet Guangxi-Zhuang liegt in der subtropischen Zone westlich der Provinz Guangdong. In Guangxi werden 60 Arten Mineralien gefunden. Nach Zou Guangchun nehmen die Reserven von 19 Arten die ersten sechs Plätze des Landes ein. Die Bauxitreserven des Bezirks Pingguo zählen zu den größten Chinas (XNA, 17.12.1981). Ferner gibt es bedeutende Mangan-, Zinn- und Wolfram-Lagerstätten.

-lou-

(36) Guangdong erläßt vorläufige Verordnungen für die Wirtschaftssonderzonen

Am 24.12.1981 erließ der Ständige Ausschuß des Volkskongresses der Provinz Guangdong vier vorläufige Verordnungen über die drei Wirtschaftssonderzonen Shenzhen, Zhuhai und Shantou. Sie betreffen Ein- und Ausreiseregulungen, die Registrierung von Unternehmen, Arbeitslöhne in den Unternehmen und Landkontrolle in Shenzhen.

Die Bestimmungen für Ein- und Ausreisevisa enthalten detaillierte Angaben darüber, wie und wo Personen unterschiedlicher Kategorien sich um Visa zu bewerben haben. Mit einbezogen sind Ausländer, Personen aus Hongkong und Macao sowie Chinesen aus Taiwan. Für Chinesen aus Hongkong und Macao, die täglich in die Zonen einpendeln, wird das Einreiseverfahren vereinfacht. Ausländer und Chinesen, die länger als sechs Monate in den Zonen wohnen wollen, erhalten eine ständige Aufenthaltsgenehmigung.

Ausländische Unternehmen müssen sich bei den Ämtern für Wirtschafts- und Handelsverwaltung registrieren lassen. Sie müssen ein Konto bei der Bank of China oder einer anderen zugelassenen Bank eröffnen, augenscheinlich deswegen, damit die Devisentransaktionen kontrolliert werden können.

In den vorläufigen Bestimmungen über Arbeitslöhne ist festgelegt, daß die Unternehmen berechtigt sind, Arbei-

ter und Angestellte einzustellen, für eine Probezeit zu beschäftigen und zu entlassen. Arbeiter und Angestellte haben ebenfalls das Recht zu kündigen. Die Investoren haben das Recht, die Löhne festzusetzen. Jährliche Lohnsteigerungen zwischen 5% und 15% werden allerdings gefordert werden. Arbeiter, die eine Ausbildung von zumindest drei Monaten bei ausländischen Firmen erhalten haben, können nicht vor Ablauf eines Jahres kündigen. Für jedes Jahr Beschäftigung wird eine Trennungsschädigung in Höhe eines Monatslohns gezahlt, falls ein Arbeiter wegen Überbeschäftigung entlassen wird. Arbeiter, die aus anderen Gründen entlassen werden, können sich an die Arbeitsämter der Zonen wenden. Falls sie mit den von den Arbeitsämtern getroffenen Regelungen nicht zufrieden sind, können sie die Firmen bei den Gerichten der Zonen verklagen.

Die Gesetze über die Landnutzung sehen vor, daß ausländische Investoren Industrieland für einen Zeitraum von maximal 30 Jahren pachten können. Land für Handelszwecke, für Landwirtschaft und Viehzucht kann für 20 Jahre gemietet werden und Land für Wohnzwecke für 50 Jahre. Wenn die Pachtverträge erlöschen, können sie erneuert werden. Die jährlichen Pachtsätze betragen für Industrieland 10 bis 30 Yuan pro qm, für Land für Handelszwecke 70 bis 100 Yuan, für Land für Wohnzwecke 30 bis 60 Yuan und für Land für Tourismus-Projekte 60 bis 100 Yuan. Die Pachtsätze werden alle drei Jahre um maximal bis 30% erhöht.

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen werden aller Wahrscheinlichkeit das Vertrauen ausländischer Investoren in die Wirtschaftssonderzonen vergrößern. Bislang sind mehr als 90% der Projekte in Shenzhen von Chinesen aus Hongkong und Macao durchgeführt worden. Andere Investoren waren bisher wegen der fehlenden gesetzlichen Regelungen zurückhaltend gewesen (XNA, 24.12.1981, und ASWJ, 24.12.1981).

-lou-

(37) Messen in Guangzhou werden eingeschränkt

Nach einer Mitteilung des Außenministeriums werden die zweimal jährlich in Guangzhou stattfindenden Messen in bezug auf Dauer und Umfang eingeschränkt werden. Die Messen werden nun nur jeweils 20 Tage dauern; folgende Daten wurden festgesetzt: 15. April bis 5. Mai und 15. Oktober bis 5. November. Auf der Frühjahrsmesse werden nur folgende Güter ausgestellt: Metalle, Mineralien, Chemikalien, Maschinen und Ausrüstungen. Auf der Herbstmesse werden Getreideprodukte, Öle, Nahrungsmittel, Textilien, tierische Nebenprodukte, Erzeugnisse der Leichtindustrie, des Handwerks und des Kunsthandwerks ausgestellt.

Die Reduzierung der Messen ist nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua durch den zunehmend dezentralisierten Außenhandel bedingt. Im Zuge der neuen Politik werden eher kleine Exportmessen - wie die am 5.12.1981 in Guangzhou eröffnete internationale Textilmaschinen-ausstellung

(XNA, 7.12.1981) - abgehalten, Handelsdelegationen ins Ausland geschickt und ständige Handelsvertretungen im Ausland gegründet (ASWJ, 28.12.1981).

-lou-

(38) Europäische Gemeinschaft weitet Vorzugsbehandlung auf China aus

Am 8.12.1981 wurde auf der Tagung der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel beschlossen, innerhalb des Allgemeinen Präferenz-Schemas für die Entwicklungsländer die Vorzugsbehandlung auch auf China auszudehnen. Nach dem Schema werden auch im Jahre 1982 alle Industrieprodukte, die in die EG eingeführt werden, von Zöllen befreit sein. Die Zollfreiheit wird auch auf eine steigende Zahl von landwirtschaftlichen Gütern ausgedehnt werden (XNA, 9.12.1981).

-lou-

WIRTSCHAFT

(39) Staatsrat erläßt Vorschriften für das Rechnungsprüfungswesen

Anfang Dezember 1981 gab der Staatsrat einen Erlaß über die Prüfung des Rechnungswesens der Betriebe heraus. Der Erlaß richtet sich an alle Volksregierungen der Provinzen sowie Ministerien, Kommissionen und die direkt dem Staatsrat unterstehenden Institutionen und sieht vor, mehr als 200 Personen, darunter stellvertretende Minister, Abteilungs- und Amtsleiter, Wirtschaftswissenschaftler usw., auszuwählen und sie gruppenweise zusammenzufassen. Diese Gruppen sollen die Arbeit der Finanzüberwachung in den Betrieben fördern. In den nächsten zwei Monaten soll dann eine umfassende Überprüfung des Finanzgebarens der staatseigenen Betriebe vorgenommen werden.

Die Prüfung wird sich auf zwei Aspekte konzentrieren. Zum einen soll untersucht werden, ob die Grundausstattung des Rechnungswesens und der Finanzverwaltung funktionsfähig ist; ob Buchführung, Rechnungen usw. vollständig sind; ob die Buchwerte für Anlagen und Waren mit dem Zeitwert übereinstimmen; ob ein Unternehmen die gesetzten wirtschaftlichen oder technischen Sollwerte erreicht; ob die Finanz- und Buchführungsabteilungen und deren Personal die Anforderungen des Betriebes bei der Stärkung des Finanzwesens erfüllen können. Zum anderen soll die Einhaltung der Finanzdisziplin untersucht werden. Die wichtigsten Punkte hier sind: Entsprechen die Produktionskosten und Ausgaben der Betriebe den staatlichen Vorschriften oder gibt es Unregelmäßigkeiten bei der Festsetzung und Berechnung der Produktionskosten; sind an den Staat abzuführende Gewinne zurückgehalten oder zu anderen Zwecken verwendet worden; handeln die Betriebe nach den staatlichen Vorschriften, wenn sie aufzuteilende Gewinne, Betriebsfonds oder andere Sonderfonds zurückhalten; handeln die Betriebe entsprechend den Vorschriften, wenn sie